

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1930**

164 (17.7.1930)

# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Belegstellen 20 Pfennig, bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichtentgeltung des Zeitungspreises, bei geschäftlicher Bestellung und bei Anzeigen außer Kraft tritt o. Erlösungs- und Geschäftsbesorgung 10 Karlsruher L. D. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Ruhestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ober-Jahresbetrag 2,20 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Glasierertafel 15 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Waldstraße 28 o. Jersural 7020 und 7021 o. Volksfreund-Mitteilungen: Darlach, Hauptstraße 9; D.-Baden, Jagdstraße 12; Kallert, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 164

Karlsruhe, Donnerstag, den 17. Juli 1930

50. Jahrgang

## Steuern durch § 48 verhängt

### Brüning arbeitet mit Diktaturparagraph Vor einem sozialdemokratischen Mißtrauensvotum

Die Deckungsvorlagen der Reichsregierung sind gefallen. Die Sozialdemokratie hat ihnen die Zustimmung versagt. Als infolgedessen der Artikel 2 mit 266 gegen 193 Stimmen abgelehnt wurde, hat der Reichskanzler die Vorlagen zurückgezogen. Sie sollen mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft gesetzt werden.

Der Entscheidung des Reichstags sind Veruche vorangegangen, die Haltung der Sozialdemokratie zu ändern und die Anwendung des Artikels 48 zu vermeiden. Auf Wunsch des Zentrums haben am Dienstag Besprechungen stattgefunden, die mit der Aufforderung an die Sozialdemokratie endeten, sie möge die Voraussetzungen festlegen, unter denen ihr eine positive Mitarbeit bei der Verabschiedung der Deckungsvorlagen möglich sei. Die sozialdemokratischen Unterhändler, Dr. Breitscheid und Hermann Müller, haben in einem Brief an den Zentrumsführer Esser den Verzicht auf die Kopfsteuer und den Verzicht auf Abbau der Leistungen der Arbeitslosen und der Krankenversicherungen als solche Voraussetzungen bezeichnet. Eine schriftliche Antwort auf diesen Brief haben die Regierungsparteien nicht erteilt. Sie haben lediglich erklärt, daß die Voraussetzungen der Sozialdemokratie erfolgreiche Verhandlungen unmöglich machen. Sie sind deshalb gar nicht erst aufgenommen worden.

Das Verhandlungsangebot ist nichts anderes als ein Mandat gewesen, in keinem Stadium offen und ehrlich dem Ziele der Verständigung mit der Sozialdemokratie dienend. Wenn der Vorsitzende der Zentrumsfraktion gegenüber den Vertretern von Breitscheid im Plenum des Reichstags am Mittwoch behauptete, das Verlangen der Sozialdemokratie auf einen Verzicht der Kopfsteuer sei ein Ultimatum gewesen, das erfolgreiche Verhandlungen unmöglich gemacht habe, so steht das nicht nur mit den Tatsachen im Widerspruch, sondern auch mit der Begründung, die die Germania bei Ablehnung der Verhandlungen am Mittwoch gegeben hat. In der Germania werden lediglich der Aufschub und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien als Grund für die Ablehnung der Verhandlungen angegeben. Wenn schließlich, wie es heißt, die Verordnung der Reichsregierung nur die ursprünglichen Vorlagen enthalten würde, und nicht die Kopfsteuer, so kann man wohl einen weiteren bündigen Beweis erblicken, daß den Regierungsparteien ein solches Zentrum nichts an einer Verständigung mit der Sozialdemokratie lag, und das Verhandlungsangebot vom Dienstag lediglich den üblichen Schein verleiht, als ob alle Möglichkeiten zur parlamentarischen Erledigung ausgeschöpft worden seien.

Die Ablehnung der Deckungsvorlagen durch die Sozialdemokratie ist eine wohlüberlegte und wohl begründete Entscheidung. Sie mußte erfolgen, nachdem unter dem Druck der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei die Kopfsteuer in die Vorlage hineingearbeitet und diese Vorlage mit dem weitgehenden Abbau der Arbeitslosenunterstützung und der Krankenversicherung verbunden worden war. Die kleinen Verbesserungen, die die Vorlage der Reichsregierung in letzter Zeit gefunden haben, ändern nichts an ihrer Gesamttendenz. Die Regierung Brüning verfolgt mit ihren Steuern klar und eindeutig das Ziel, durch Abbau der sozialen Leistungen in Reich und Gemeinden und durch Erhöhung der Opfer der unteren Volksschichten den Kernsten des Volkes alle Lasten der schweren Wirtschaftskrise aufzubürden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im weiteren Verlauf der Mittwochssitzung des Reichstags gegen den Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Reichstags gestimmt und sich beim kommunistischen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning der Stimme enthalten. In beiden Fällen war für sie dieselbe Erwägung maßgebend. Wenn die Wirtschaftspartei und die Kommunisten eine Mehrheit erzielt hätten, wäre die Auflösung des Reichstags erfolgt.

Dann wäre die Sozialdemokratie nicht mehr Herrin der Lage gewesen, nach Verkündung der Steuererordnungen noch in diesem Parlament den Antrag auf ihre Aufhebung zu stellen. Die Dinge wären bis nach den Neuwahlen in der Schwebe geblieben. Da die Regierung die Verhandlungen noch im Laufe des Donnerstag publiziert, kann die sozialdemokratische Forderung auf ihre Beilegung am Freitag zur Debatte und zur Abstimmung gestellt werden. Bei dieser Gelegenheit wird die Sozialdemokratie auch ihrerseits einen Mißtrauensantrag einbringen.

So sich letztlich für das wie für das andere Votum eine Mehrheit finden wird, ist mehr als zweifelhaft.

denn es ist damit zu rechnen, daß die Deutschen nationalen ihre Opposition gegen die Steuererordnungen und gegen das Kabinett Brüning aufgeben werden, weil ihnen daran liegt, den Diktaturparagraphen wirksam werden zu lassen, und weil sie, was vor allen Dingen ins Gewicht fällt, eine gewaltige Angst vor der Auflösung des Reichstags haben. Die Sozialdemokratie hat aber dann auf jeden Fall ihre Pflicht getan. Sie hat sich nicht mitverantwortlich gemacht für die schlechten Steuererordnungen und für den Abbau der Sozialpolitik. Sie hat den letzten Ver-

such unternommen, die Unwirksamkeit des Artikels 48 herbeizuführen. Es ist nicht ihre Schuld, sondern die der bürgerlichen Parteien, wenn alle ihre Bemühungen für die Erhaltung der parlamentarischen Rechte und für die Abwehr arbeitgeberfeindlicher Maßnahmen scheitern. Die nächste Aufgabe der Sozialdemokratie wird indessen sein, mit aller Entschlossenheit jenes Regime zu bekämpfen, das die Verantwortung für die bedenkliche Entwicklung trägt, die sich in diesen Tagen angebahnt hat.

## Die Deckungsvorlagen gescheitert

### Die Ablehnungserklärung der Sozialdemokratie

In der Reichstagsitzung vom Mittwoch werden zunächst ein paar Vorlagen rasch erledigt. Dann wird der entscheidende Beratungsgegenstand aufgerufen.

#### Die Deckungsvorlagen

Für alle, die die Politik nicht mit Schwärzerei verwechseln, ist die Zeit des Debattierens vorbei. Es aber so sind Entschlüsse notwendig. Die Redelust des Hauses ist erschöpft. Nur die Kommunisten predigen und predigen noch einmal. Selbstverständlich vor leeren Bänken, denn ihre Reden sind Schall und Rauch. Es fehlt keinerlei politische Macht, nicht einmal ein politischer Wille dahinter. Dann fällt sich jedoch das Haus und wird atemlos gesammelt.

#### Abg. Breitscheid (Soz.)

wird aufgerufen. In demselben Augenblick erteilt der Reichskanzler auf seinen Platz. Die Kommunisten, ahnungslos wie immer, rufen höflich: Breitscheid wolle nun die Rede zum Kabinett halten. Nach wenigen Sätzen aber ist dieser Bahn setzt für den minder begabtesten Kommunisten verfallen. Die Erklärungen des sozialdemokratischen Führers sind kurz und eindeutig.

Ablehnung aller Deckungsvorlagen nicht nur wegen der Kopfsteuer und der Vermögenssteuer, sondern vor allem, weil die Gesetzesmacherei offensichtlich verbunden ist mit den sozialpolitischen Rückschritten.

Das Zentrum wird unruhig, als der sozialdemokratische Führer nachweist, wie diese Partei sich um eine Verantwortung des sozialdemokratischen Verhandlungsangebots herumgedrückt hat. Nur keine schriftliche Stellungnahme! — das war die Parole des Zentrums. So handelt nur das schlechte Gewissen. Breitscheid sprach der Regierung noch einmal in den entscheidenden Worten jedes Recht zur Anwendung des Artikels 48 ab.

Nimmt sie ihn dennoch in Anspruch, so werden wir ein Regime mit aller Kraft bekämpfen, das Leichtsinnigkeit und Frechheit mit den Wählerrechten umspringt.

Reichskanzler Brüning antwortet nicht, aber der Zentrumsabgeordnete Esser spricht, äußerlich gelassen und väterlich, aber sichtlich tief erregt und hart betroffen. Die Sozialdemokratie, so behauptet er, habe ein Ultimatum gestellt und so den Weg zu Verhandlungen verbaut.

#### Abg. Breitscheid (Soz.)

meldet noch einmal zum Wort. Er ist nicht nur der bessere Redner, sondern hat auch das bessere Gedächtnis, und es fällt ihm sehr leicht, von dieser Gabe Gebrauch zu machen, weil er nichts zu verbergen und zu vertuschen hat. Breitscheid fohr Herrn Esser ins Auge: „So, so, unsere Forderung, die Kopfsteuer abzuweisen, soll alle Verhandlungen unmöglich gemacht haben?“

Herr Esser scheint nicht mehr zu wissen, daß der Finanzminister, der jetzt neben dem Herrn Kanzler sitzt, vor einigen Tagen noch von dieser Stelle die allerhöchsten Bedenken gegen die Kopfsteuer ausgesprochen und sie ein Abenteuer genannt hat.

Mit Recht sagt Breitscheid, man könne doch nicht von der Sozialdemokratie verlangen, daß sie einfach die Vorlagen der Regierung hinnehme. Herr Esser findet kein Wort der Erwiderung. Breitscheids Feststellungen sind unanfechtbar und vielleicht von a eschäftlicher Bedeutung.

## Die Steuernotverordnungen erlassen

### Die Sozialdemokratie wird im Reichstag Aufhebung fordern

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichstag hat am 15. Juli den Artikel 1 der Steuererordnungsverordnung zur Deckung des Haushalts angenommen und damit festgelegt, daß zum Ausgleich der Aufwendungen im ordentlichen Reichshaushalt, die sich infolge der schlechten Wirtschaftslage ergeben, für die Zeit bis zum 31. März 1931 von den Einnahmen der Personen des öffentlichen Dienstes und der Ledigen ein Be-

#### Die Abstimmung

Nach Belanglosigkeiten eines kommunistischen Redners, die in der dauernden Unruhe des Hauses untergehen, kommt die Abstimmung. Schon nach wenigen Augenblicken zeigt sich, daß die Deutschen nationalen geschlossen rote Reinfarben abgeben. Die Ablehnung der Deckungsvorlagen im Reichstag ist damit sicher. Der Artikel 2 der Regierungsvorlagen wird mit 266 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschen nationalen und Nationalsozialisten gegen 193 Stimmen der Regierungsparteien verworfen. Mit den Regierungsparteien stimmen die vier deutschnationalen Abgeordneten Baxille, Dinaler, Ohler und Post-Württemberg, sowie der frühere deutschnationale Abgeordnete Bruhn.

#### Reichskanzler Brüning

der nur einen Satz spricht: „Namens der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß die Reichsregierung auf die Fortsetzung der Beratung der Vorlagen keinen Wert legt.“ Damit ist die Vorlage und der damit verbundene Ergänzungsetat für den Reichstag erledigt.

Präsident Lohé läßt über den Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Reichstags und über den Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen die Reichsregierung abstimmen. Die deutschnationalen erklären, daß sie sich ihre Haltung gegenüber der Reichsregierung nicht von den Kommunisten vorschreiben lassen. Der wirtschaftsparteiliche Antrag sei ein Eingreifen in die Entscheidungsfreiheit des Reichspräsidenten. Die deutschnationalen lehnen also beide Anträge ab.

Für den Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung erheben sich außer den Antragstellern nur die Nationalsozialisten. Bei den Kommunisten ist einen Augenblick Verwirrung. Einige scheinen Lust zu haben, für den wirtschaftsparteilichen Antrag zu stimmen. Das Haus bricht wegen dieser Entscheidungsfreiheit in großes Gelächter aus.

Die Sozialdemokratie hat gegen den wirtschaftsparteilichen Antrag gestimmt, weil dieser die Absicht verfolgt, den Reichstag zur Auflösung zu bringen, ehe Brüning den Artikel 48 verhängt, um so die Reichsregierung von jeder parlamentarischen Kontrolle zu befreien. Das kann nicht der Wille der Sozialdemokratie sein. Für den kommunistischen Mißtrauensantrag stimmten nur 59 Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Sozialdemokratie enthielt sich der Stimme, alle anderen Parteien stimmten gegen den kommunistischen Mißtrauensantrag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat Stimmhaltung beschloffen, weil sie, wenn Brüning den Artikel 48 anwendet, mit einem eigenen Mißtrauensantrag hervortreten will, um dann die deutschnationalen vor die Entscheidung zu stellen, ob sie das Kabinett Brüning stützen oder halten wollen. Mit einem kommunistischen Mißtrauensantrag ist ein politisches Ziel nicht zu erreichen, weil die Rechte sich von einem solchen Antrag leichter wehren kann als von einem Mißtrauensvotum, das von der stärksten parlamentarischen Partei eingebracht wird.

Die Sitzung wurde nach dem Abstimmungsstempel auf eine halbe Stunde unterbrochen. Dann sollte stundenlang die Ausprache über das Mißtrauensvotum ab.

trag und von den einkommensteuerpflichtigen Personen einmalige außerordentliche Zulätze der Einkommensteuer zu erheben sind. Bei der darauf erfolgten Abstimmung über Artikel 2 hat sich eine Mehrheit gefunden. Den für die Vorlage der Reichsregierung über die Reichsbille der Personen des öffentlichen Dienstes abgegebenen 204 Stimmen der hinter der Regierung stehenden

Parteien standen 256 Stimmen der Sozialdemokraten, Deutschen Nationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten entgegen.

Die Einzelheiten der Durchführung der Reichshilfe haben danach die parlamentarische Mehrheit nicht erreicht.

Die Regierung hat darauf auf die Weiterberatung der zur Deckung des Reichshaushalts bestimmten Gesetze verzichtet, nachdem ein gegen sie eingebrachter Mißtrauensantrag mit einer Mehrheit von 240 gegen 59 Stimmen abgelehnt wurde.

Die Deckung des Reichshaushalts ist ein unbedingtes Erfordernis für die Aufrechterhaltung geordneter Staatsfinanzen, für die Kreditwürdigkeit des Reichs und der Wirtschaft.

Sie ist auch die unbedingte Voraussetzung für die weitere Durchführung der Fürsorge für die Arbeitslosen und eine unabwendbare Notwendigkeit in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Lage der Welt in fast allen Ländern schwere Gefahren für die Staatsfinanzen bietet.

Daher hat der Herr Reichspräsident die Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung für die Ausgabe von Anleihen erachtet und auf Antrag der Reichsregierung die zur Deckung des Haushalts erforderlichen Maßnahmen getroffen.

Der Herr Reichspräsident hat gemäß der Reichsverfassung von den auf Grund des Artikels 48 getroffenen Maßnahmen dem Reichstag unverzüglich Kenntnis gegeben.

Die finanzielle Sanierung der Gemeinden ist ebenfalls eine unabwendbare Notwendigkeit, um die Auszahlung der Unterstufen für die nachstehende Zahl der Volkshilfs-Empfänger sicherzustellen.

Der Erlass der Stenographenverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung findet auf der Linken scharfe Beurteilung, während ein Teil der Rechtsprelle die Bestimmungen nicht ihrer fadenförmigen Begründung bedürftig.

Der Vorwärts schreibt: Wenn es wirklich dazu kommt, daß Gesetze, über die sich der Reichstag nicht einigen kann, vom Reichspräsidenten auf dem Verordnungsweg erlassen werden und daß der Reichstag dann diese Verordnungen durch die Weigerung sie wieder aufzuheben, annulliert, so verläßt sich damit der Reichstag des wichtigsten seiner Rechte.

Der Erlass der Stenographenverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung findet auf der Linken scharfe Beurteilung, während ein Teil der Rechtsprelle die Bestimmungen nicht ihrer fadenförmigen Begründung bedürftig.

Der Erlass der Stenographenverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung findet auf der Linken scharfe Beurteilung, während ein Teil der Rechtsprelle die Bestimmungen nicht ihrer fadenförmigen Begründung bedürftig.

Der Erlass der Stenographenverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung findet auf der Linken scharfe Beurteilung, während ein Teil der Rechtsprelle die Bestimmungen nicht ihrer fadenförmigen Begründung bedürftig.

Der Erlass der Stenographenverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung findet auf der Linken scharfe Beurteilung, während ein Teil der Rechtsprelle die Bestimmungen nicht ihrer fadenförmigen Begründung bedürftig.

Der Erlass der Stenographenverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung findet auf der Linken scharfe Beurteilung, während ein Teil der Rechtsprelle die Bestimmungen nicht ihrer fadenförmigen Begründung bedürftig.

Der Erlass der Stenographenverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung findet auf der Linken scharfe Beurteilung, während ein Teil der Rechtsprelle die Bestimmungen nicht ihrer fadenförmigen Begründung bedürftig.

Der Erlass der Stenographenverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung findet auf der Linken scharfe Beurteilung, während ein Teil der Rechtsprelle die Bestimmungen nicht ihrer fadenförmigen Begründung bedürftig.

Der Erlass der Stenographenverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung findet auf der Linken scharfe Beurteilung, während ein Teil der Rechtsprelle die Bestimmungen nicht ihrer fadenförmigen Begründung bedürftig.

Der Erlass der Stenographenverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung findet auf der Linken scharfe Beurteilung, während ein Teil der Rechtsprelle die Bestimmungen nicht ihrer fadenförmigen Begründung bedürftig.

Der Erlass der Stenographenverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung findet auf der Linken scharfe Beurteilung, während ein Teil der Rechtsprelle die Bestimmungen nicht ihrer fadenförmigen Begründung bedürftig.

Der Erlass der Stenographenverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung findet auf der Linken scharfe Beurteilung, während ein Teil der Rechtsprelle die Bestimmungen nicht ihrer fadenförmigen Begründung bedürftig.

Der Erlass der Stenographenverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung findet auf der Linken scharfe Beurteilung, während ein Teil der Rechtsprelle die Bestimmungen nicht ihrer fadenförmigen Begründung bedürftig.

Der Erlass der Stenographenverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung findet auf der Linken scharfe Beurteilung, während ein Teil der Rechtsprelle die Bestimmungen nicht ihrer fadenförmigen Begründung bedürftig.

Der Erlass der Stenographenverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung findet auf der Linken scharfe Beurteilung, während ein Teil der Rechtsprelle die Bestimmungen nicht ihrer fadenförmigen Begründung bedürftig.

Der Erlass der Stenographenverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung findet auf der Linken scharfe Beurteilung, während ein Teil der Rechtsprelle die Bestimmungen nicht ihrer fadenförmigen Begründung bedürftig.

Der Erlass der Stenographenverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung findet auf der Linken scharfe Beurteilung, während ein Teil der Rechtsprelle die Bestimmungen nicht ihrer fadenförmigen Begründung bedürftig.

Die Sozialdemokratie will für die Aufhebungsanträge, die sie einbringen wird und für ihren Mißtrauensantrag, der unterschrieben bereit liegt, die Mehrheit. Sie will den Wahlkampf. Den bürgerlichen Parteien, die alleamt in der Angst vor den Wählern leben, kann es vielleicht gelingen, den Kampf hinauszuschieben, aber nicht für lange.

Dieser Reichstag wird die 21 Monate, die er äußersten Falles noch vor sich hat, nicht zu Ende leben. Die Abrechnung wird nicht lange auf sich warten lassen. Wahrscheinlich kommt sie schon in diesem Herbst. Die Sozialdemokratie wird sich Art und Zeit ihres Vorgehens allerdings nicht von den Kommunisten vorrechnen lassen, so wenig wie sie das gestern getan hat. Für die Kommunisten wird es stets ein billiger Spieß sein, nach ihren Methoden Opposition zu spielen und ein Zetergeschrei zu erheben, wenn die Sozialdemokratie nicht mißfällt. Die Kommunisten haben nun einmal ihre eigene Art, die Dinge der Welt zu sehen. Für sie steht fest, daß Bürgerkrieg und Sozialdemokratie, Brüning und Breitscheid, im Grunde genommen ein und dasselbe sind und der Hauptfeind bleibt für sie die Sozialdemokratie, auch dann, wenn die Sozialdemokratie, sich der gesunde Augen im Kopf hat, im schweren Kampf gegen alle bürgerlichen Parteien die Sache der Arbeiterklasse vertritt.

Die Germania schreibt: „Der gestrige Tag hat mit einem starken Erfolge des Kabinetts geendet. Seine Vollmachten sind, wie man weiß, noch nicht erschöpft. Aber auch der Kampf ist noch nicht beendet. Er wird erneut entbrennen, wenn die Bestimmungen des Reichspräsidenten dem Reichstag zur Kenntnis gebracht werden. Die Sozialdemokratie hat bereits angekündigt, daß sie von dem Rechte des Aufhebungsantrages Gebrauch machen wird. Die Entscheidung, die über diesen Antrag zu treffen ist, bedeutet nach Lage der Dinge, die Entscheidung über das Dasein dieses Reichstages. Sie wird am Freitag fallen.“

Die Deutsche Tageszeitung jagt nach einer ausdrücklichen Billigung der Anwendung des Artikels 48 und einem Hinweis auf den Aufhebungsantrag der Sozialdemokratie: „Wir können uns nicht vorstellen, daß die deutschnationale Reichstagsaktion bei der entscheidenden Majorität amlichen der Regierung Brüning-Schleier und der Sozialdemokratie anderswo zu finden sein sollte, als in Gemeinschaft mit dem übrigen Bürgerum an der Seite der Regierung.“

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse weist scharf darauf hin, daß man sich im Kabinett über den Inhalt der Notverordnungen nur schwer einigen können. Der Reichsfinanzminister habe sich ursprünglich weigert, die Bürgerabgabe zu verkünden. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegrenzfesteuerung bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen gegeben, weil man damit rechnen, daß die Gemeindegrenzfesteuerung vom Reichstag mit den Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

# Freistaat Baden

## Der Streit um das Heidelberger Richtfest

In der Badischen Presse wurde vor einigen Tagen ein großes Geschrei in Verbindung mit einem Richtfest anlässlich des Neubaus der Universität Heidelberg angekündigt, wobei das angeblich unparteiische Organ natürlich Stellung gegen die Regierung nahm. Wie die Vorgänge, denen wir ohnedies keine große Bedeutung beimessen, tatsächlich liegen, teilt nun der Staatsanzeiger auf Grund folgender Mitteilung von zuständiger Seite mit:

Vor etwa zwei Wochen ließen die Bauarbeiter des Schumann-Baus in Heidelberg durch die Bauleitung beim Ministerium anfragen, ob es bereit sei, ein Richtfest zu halten. Die Antwort war folgende: Die Arbeit am Hauptbau ist auch nach der Meinung der Bauleitung noch nicht so weit gediehen, daß sich schon ein Richtfest abzuhalten sei. Dazu komme, daß der Seitenbau (Grabengänge) noch weit zurück sei. Es sei also die Zeit für die Abhaltung eines Richtfestes noch nicht gegeben. Ferner wurde auf eine Verlegung des Finanzministeriums aufmerksam gemacht, nach der Richtfeste bei öffentlichen Bauten nicht mehr abgehalten werden sollten. Es müßte die Frage geprüft werden, ob dieser Erlass auf den Schumann-Bau Anwendung finde. Eine endgültige Ablehnung erging nicht.

Die Vertreter der Studentenschaft in Heidelberg hielten es nun für richtig, sich an die Universität oder dem Ministerium ein Schreiben zu senden, um die Bauleitung ein Richtfest anzubieten. Eine Einladung an die Universität und an das Ministerium erging am Tage vor der Feier (9. Juli 1930). In einer Besprechung mit den Vertretern der Studentenschaft stellten sich der Rektor der Universität und der Vertreter des Ministeriums auf den oben angegebenen Standpunkt und bezeichneten es als unangehörig, eine Einladung so kurz vor der Feier ergehen zu lassen. Gleichwohl wurde den Vertretern der Studenten mitgeteilt, daß die Universität und das Ministerium die Möglichkeit hätten, zu einem früheren Zeitpunkt, aber noch im Monat Juli, unter Zustimmung aller Mitglieder des Baues, auch derjenigen, die jetzt nicht mehr am Bau beteiligt seien und die die Studentenschaft nicht mehr erreichen könne, ein Richtfest abzuhalten und die Studentenschaft zu der Feier einzuladen. Bei dieser Sachlage erwarte man, daß die Studentenschaft ihre Einladung zum Mittwoch zurückziehe.

Am Mittwoch vormittags erklärten die Studenten, von ihrer Seite nicht abgehen zu können, und hielten am Abend ohne die Vertreter der Universität und des Ministeriums das Richtfest ab.

Nach am Mittwoch wurde den Arbeitern von dem Vorhaben der Universität und des Ministeriums Kenntnis gegeben mit dem Bemerkung, daß die Vorbereitung für die Abhaltung des Richtfestes getroffen würden und daß man annehme, daß sie dem Richtfest am Mittwoch abends, an dem die Bauherren nicht teilnahm, fernbleiben. Trotzdem wurde das Richtfest von Studenten und Arbeitern gefeiert.

Danach liegt der Vorgang anders als er seitens der Badischen Presse dargestellt wurde. Interessant ist dabei allemal auch, daß sich jene Kreise, die sonst so sehr autoritätslos predigen, sofort den Kampf gegen die Autorität führen, wenn es sich darum handelt, der Studentenschaft beizustehen, auch wenn sie autoritätslos handelt.

Danach liegt der Vorgang anders als er seitens der Badischen Presse dargestellt wurde. Interessant ist dabei allemal auch, daß sich jene Kreise, die sonst so sehr autoritätslos predigen, sofort den Kampf gegen die Autorität führen, wenn es sich darum handelt, der Studentenschaft beizustehen, auch wenn sie autoritätslos handelt.

Danach liegt der Vorgang anders als er seitens der Badischen Presse dargestellt wurde. Interessant ist dabei allemal auch, daß sich jene Kreise, die sonst so sehr autoritätslos predigen, sofort den Kampf gegen die Autorität führen, wenn es sich darum handelt, der Studentenschaft beizustehen, auch wenn sie autoritätslos handelt.

## Staatspräsident Schmitt und Amerikanerleben

In Anwesenheit des badischen Staatspräsidenten Dr. Schmitt wurde das Staatliche Rebuta eröffnet. Dabei besuchte Staatspräsident Dr. Schmitt auch mit der Frage der Amerikanerleben. Er führte dabei aus, der Anbau der Hybriden bürde verboten werden. Der Hybridenwein solle als Hausbrand Weinbau finden dürfen. Dem Hybridenbauer müsse erlaubt werden, seinen Wein unter der ausdrücklichen Bezeichnung „Hybridenwein“ in den Handel zu bringen. Der Verkauf von Hybridenwein an deutschen Edelweinen müsse verboten werden. Das neue Rebuta liegt nördlich der Straße Laido - Oberlaido und umfaßt ein Gelände von 4,3 Hektar, wovon 3 Hektar mit Edelreben besetzt sind. Die Gesamtkosten für die Einrichtung des Gutes belaufen auf 220 000 M.

## Ständebürgers Reisekonflikt beigelegt

### Das Spiel unverantwortlicher Ratgeber

Zu dem Schreiben des Reichspräsidenten an den preussischen Ministerpräsidenten bezüglich der Wählung der Teilnahme an den Rheinlandsreisen abzuholen, wird uns geschrieben:

Die Ratgeber des Reichspräsidenten haben ihn in eine außerordentlich kritische Situation gebracht. Es war schlimm genug, daß von diesen Ratgebern der Widerstand gegen die Kennzeichnung des Reichspräsidenten im offiziellen Auftrag der Reichsregierung und des Reichspräsidenten zur Betretung des Rheinlandes ausging. Noch viel schlimmer ist dieses Schreiben. Seine Form ist derart, daß die Wählung unerkennbar daraus hervorleuchtet, einen ersten Konflikt mit der preussischen Regierung heraufzubekommen und zwar derart, daß eine jede Möglichkeit der Verständigung ausgeschlossen ist. Die Wählung eine reine Rechtsfrage abhängig machen zu wollen von einer persönlichen Entscheidung des Reichspräsidenten, würde das Wiederauflösen des persönlichen Regiments bedeuten, wie es in der Vorriesszeit bestanden hat und wie es zur Krise über das Dailo Telegramm-Interview geführt hat.

Der politische Zweck, den die unverantwortlichen Ratgeber des Reichspräsidenten mit diesem Schreiben verfolgt haben, ist ganz offenkundig. Am Montag hat die deutschnationale Volkspartei von der Regierung Brüning verlangt, eine Krise in Preußen herbeizuführen und eine Rechtskoalition zu bilden. Am Dienstag erfolgte die Veröffentlichung dieses Schreibens des Reichspräsidenten, das nach Ansicht seiner Urheber zu einer Sprengung der Preußenkoalition führen sollte. In der Hand seiner Ratgeber wird der Reichspräsident benutzt, um die reaktionären Bürgerlichsozialisten aus dem deutschnationalen Lager zu vertreiben.

Inwiefern ist dieser Versuch mit gänzlich unzureichenden und schlechten Mitteln übernommen worden.

Bedauerlich ist, daß bei der Affaire Reichsfinanzminister Brüning eine bedenkliche Rolle gespielt hat. Von amtlicher Seite ist behauptet worden, Reichsminister Dr. Brüning sei von dem Brief des Reichspräsidenten Hindenburg an den preussischen Ministerpräsidenten Braun überrascht worden. Er habe von ihm vorher keine Kenntnis gehabt. Demgegenüber ist richtig, daß Reichsminister Dr. Brüning nicht nur von dem Brief gekannt, sondern sich sogar mit den Staatssekretären Binder und Dr. Weisner an seiner Abfassung beteiligt hat (wenn er vielleicht auch nicht den genauen Wortlaut kannte). Der zuständige Ressortminister Dr. Wirtz wurde absichtlich übergangen. Er erfuhr von dem Brief erst, wie die Mehrzahl der übrigen

## Loyalitätserklärung des Stahlhelms

### Hindenburg fährt ins Rheinland

Der preussische Minister des Innern hat die Verfügung vom 16. Juli das Stahlhelmsverbot im Rheinland und Westfalen aufgehoben. Die Aufhebung erfolgte, nachdem die Bundesführer des Stahlhelms folgende schriftliche Erklärung abgegeben hatten:

1. Die Bundesführer des Stahlhelms haben erneut von der Auffassung des preussischen Staatsministeriums über die Botschaften die zu der Auffassung des Stahlhelms in der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen aktiviert haben, Kenntnis genommen.

2. Unter Zugrundelegung dieser Auffassung geben die Bundesführer des Stahlhelms die Erklärung ab, daß sie in Zukunft solche Übungen, wie sie im Oktober 1929 zur Auffassung gegeben haben, unterlassen werden. Sie versichern ferner, daß eine den Vorschriften des Gesetzes vom 22. März 1928 widersprechende Betätigung, namentlich auch die Ausübung von Waffenübungen im Stahlhelm nicht abgeduldet wird. Der Stahlhelm wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß diese Erklärung befolgt werden und daß Mitglieder, die den Bestimmungen des Bundes ausweichen, aus dem Bundes ausgeschlossen werden.

3. Insbesondere werden die Bundesführer dafür Sorge zu tragen, daß im Falle der Neubildung des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen nur solche Organisationen verbänden und Unterorganisationen gebildet werden, bei denen die Gewähr dafür besteht, daß die Anordnungen der Aufhebungen der Bundesführung von allen Mitgliedern befolgt werden.

4. Der 1. Bundesführer: (ges.) Franz Seib. Der 2. Bundesführer: (ges.) Dürkerberg.

Der Reise des Reichspräsidenten nach Koblenz-Trier um, steht mit der Aufhebung des Verbots des Stahlhelmsverbandes nichts mehr im Wege. Sie erfolgt dem in Aussicht genommenen Termin.

## Keine Fememörderamnestie

### Preußens Einspruch hat im Reichstag Erfolg

Berlin, 16. Juli (Via. Draht). Der entscheidungsschwere Mittwoch begann im Reichstag mit einem Mahnruf für die Herren Fememörder, für die Reichsregierung und für die die Fememörder schützenden Parteien. Preußen hat im Reichsrat Einspruch gegen die Amnestie erhoben. Der Reichsrat stellte sich an Preußens Seite. Die Amnestie kann nur Wirklichkeit dann werden, wenn der Reichstag seinen Beschluß mit Zweidrittelmehrheit beschließt. Das Ergebnis der Abstimmung war: 268 Abgeordnete stimmten mit Nein, 147 mit Ja, 10 Enthaltungen. Die Freunde der Fememörder hätten mindestens 301 Stimmen aufbringen müssen. Die Zweidrittelmehrheit ist also nicht erreicht. Die Amnestie für die Fememörder ist gescheitert und wird wohl in diesem Tagungsabschnitt nicht noch einmal eingebracht werden können. Nationalsozialisten, deutschnationale und Kommunisten als gemeinsame Leidtragende begrüßten das Abstimmungsergebnis mit etlichen Pfauentänzen.

## Ein Westhilfegezet

Das Reichswesthilfegezet ist von den Regierungsparteien, den Deutschnationalen und der Christlichnationalen Bauernpartei als Initiativantrag im Reichstag eingebracht worden. Es sieht vor, daß zur Binderung der besonderen Notlage in wirtschaftlicher, gesundheitlicher, sozialer und kultureller Hinsicht, in welche die Gebiete des Westens durch die langjährige Belagerung und die neue Grenzziehung geraten sind, für die Rechnungsjahre 1930 bis 1934 unter Einrechnung der im Haushalt der Kriegskosten des Rechnungsjahres 1930 bereits vorzulebenden 22,5 Mill. Mark Mittel bereitgestellt werden, und die Ermächtigung zur Veranschlagung von Bürgschaften bis zu 100 Mill. Mark gegeben wird. Gefördert werden sollen Erzeugnisse und Wirtschaftskräfte der Landwirtschaft und einschließlich Meliorationen und Verlandungen, ferner ist geplant, Kreditversicherungen für Handwerk, Handel und Gewerbe, Land- und Wasserstraßenbau, sowie auch Anleihen aufzunehmen werden können. Schließlich weitere soziale und kulturelle Hilfsmassnahmen.

## Minderheitsregierung held in Bayern

München, 16. Juli (Via. Draht). Als Folge der Ablehnung der Schlachthaussteuer im Landtag ist der bayerische Bauernbund aus der bayerischen Regierungskoalition, in der er sich ununterbrochen seit 1919 befand, ausgetreten. Der Rücktritt des Landwirtschaftsministers Febr, der als Reichstagsabgeordneter zur Zeit in Berlin weilte, ist allerdings noch nicht erfolgt.

Die Regierung Feld aus bayerischer Volkspartei und Deutschnationalen verfügt jetzt nur noch über 59 von 128 Stimmen im Landtag. Sie will aber nach der Ankündigung der Bayerischen Volkspartei als Minderheitsregierung zunächst weiter im Amte bleiben. Wie lange ihr das gelinzt, ist im Augenblick nicht zu sagen. Die Entscheidung wird voraussichtlich im Zusammenhange mit der Beratung des Finanzgesetzes anlässlich der Verabschiedung durch den gesamten Haushalt fallen.

## Nationalsozialistischer Mord vor Gericht

Vor dem Schwurgericht II Berlin begann der Prozeß gegen sieben Nationalsozialisten, die im August vorigen Jahres in den Straßen von Berlin den Zeitungshändler Heimburger zu Tode gebracht hatten. Die Angeklagten, die im Alter von neunzehn bis vierundzwanzig Jahren stehen, werden des schweren Landfriedensbruchs, der erschweren gefährlichen Körperverletzung in Verbindung mit Raubhandel beschuldigt. Gegen den Führer der Aktion, Westenberg, ist außerdem Anklage wegen Totschlags erhoben.

Berlin, 17. Juli. (Funkdienst.) In dem Prozeß gegen die sieben Berliner Nationalsozialisten, die vor wenigen Monaten den Zeitungshändler Heimburger überfallen und in bestialischer Weise ermordet hatten, wurde der Angeklagte Westenberg am Mittwoch wegen Totschlags und schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Raubhandel zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen zwischen 2 Jahren und 1 Jahr. Einem Teil wurden ebenfalls die bürgerlichen Ehrenrechte abgenommen. Der Staatsanwalt hatte gegen Westenberg 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust beantragt.

## Die Unruhen in Alexandria

Alexandria, 16. Juli (Via. Draht). Vor Alexandria liegen seit Mittwoch zum Schutze der fremden Einwohner zwei englische Kriegsschiffe. Die hier seit Dienstaufgang zu verzeichnende fremdenfeindliche Stimmung richtet sich hauptsächlich gegen die in Alexandria anwesenden Griechen und Italiener. Sie werden beschuldigt, die Partei der Regierung des Königs Fud zu ergreifen zu haben. Neue Zwischenfälle werden zum 21. Juli erwartet.

Bei den gestrigen Unruhen in Alexandria sind zwei Europäer getötet und 12 verletzt worden. Die Regierung hat beschlagnahmt, drei nationalistische Zeitungen zu verbieten.

## Oberhausreaktion gegen Unterhaus

Das Oberhaus der Labour-Regierung den schwersten aller Schläge verleiht, den sie bisher von den arbeitereindlichen Lords erhalten hat. Zum dritten Male wurde das Verabrengen mit 168 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Damit ist die Arbeiterregierung um den Erfolg einer ihrer wichtigsten Arbeiten gebracht.

## Interparlamentarische Union

London, 16. Juli. Heute vormittags wurde im Oberhaus die 26. Konferenz der Interparlamentarischen Union eröffnet, an der rund 500 Delegierte als Vertreter von 31 Parlamenten teilnehmen, darunter von deutscher Seite Dr. Schüding, Heile und Dr. Luidde.

Die Konferenz der Interparlamentarischen Union eröffnet, an der rund 500 Delegierte als Vertreter von 31 Parlamenten teilnehmen, darunter von deutscher Seite Dr. Schüding, Heile und Dr. Luidde.

### Deutschland und das europäische Problem

Der Inhalt der offiziellen Antwort

Die Reichsregierung hat ihre Antwort auf das Europa-Memorandum Briands der Öffentlichkeit übergeben. In der Rede heißt es u. a.:

Die deutsche Regierung hat es mit Genugtuung begrüßt, daß die französische Regierung in ihrem Memorandum das europäische Problem in seinen Einzelheiten zur Diskussion stellt und ihre eigene Auffassung darüber mitteilt hat. Die deutsche Regierung wird daher bereitwillig an der Lösung des Problems mitarbeiten. Es bedarf zunächst der Feststellung, welche Gegenstände der internationalen Beziehungen für eine spezifisch europäische Regelung in Betracht kommen. Jede Spine gegen andere Länder oder Kontinente ist zu vermeiden. Ein europäisches Programm müßte daher materielle und geographisch so elastisch wie möglich gestaltet werden. Auch der Ausschluß solcher europäischer Länder, die nicht dem Völkerbund angehören, wie Rußland und die Türkei miteinbeziehen der bisher mit Recht geübten Praxis. Das Eine möchte die deutsche Regierung auch heute besonders betonen: alle Verträge einer Besserung der politischen Lage in Europa werden davon abhängen, daß die Grundzüge der vollen Gleichberechtigung, der gleichen Sicherheit für alle und des friedlichen Auswachsels der natürlichen Lebensverhältnisse der Völker zur Anwendung kommen. Wo bestehende Verhältnisse diesen Grundzügen widersprechen, müssen wirksame Mittel für ihre Veränderung gefunden werden. Es wäre auschüsslos, ein neues Europa auf einem Fundament aufzubauen zu wollen, das der lebendigen Entwicklung nicht standhalten würde.

Wohin die von politischen Erwägungen sind auf rein wirtschaftlichem Gebiete zweifelloser Möglichkeiten gegeben, die im Interesse des europäischen Fortschritts geprüft und genutzt werden müssen. Die Unterbindung der europäischen Wirtschaft ist nicht von der Seite der Landwirtschaft und der Abkammer der Industrie ausgehen Mittel und Wege suchen müssen, um größere Marktgebiete zu gewinnen und um den Austausch der Güter zwischen den vorwiegend agrarischen und vorwiegend industriellen Gebieten Europas zu erleichtern. Die deutsche Regierung hält es deshalb für angebracht, die Bemühungen um die Erleichterung der europäischen Wirtschaft, insbesondere der europäischen Zollpolitik, fortzusetzen. Bei der Behandlung des europäischen Wirtschaftsproblemes dürfen indes nach Ansicht der deutschen Regierung folgende Gesichtspunkte nicht außer Acht gelassen werden:

So notwendig es ist, daß die Regierungen selbst das europäische Problem in die Hand nehmen, so können doch Regierungsmassnahmen allein dem notleidenden Europa nicht helfen. Es wird weite Gebiete geben, wo die Wirtschaft selbst die Aufgabe in Angriff nehmen muß. Die unmittelbare Verantwortlichkeit bestimmter Wirtschaftszweige auf privatrechtlicher Grundlage bleibt ein Arbeitsfeld, dem in der Neuordnung des wirtschaftlichen Europa ein wichtiger Platz anzuweisen ist. Sogar der Regierungen wird es bleiben, ihre gemeinsame Wirtschaftspolitik mit dem freien Spiel der Kräfte in Einklang zu bringen. Bei wirtschaftlichen Fragen dürfen wirtschaftliche Gesichtspunkte nicht in den Vordergrund gestellt werden. Es müssen alle Fragen in Betracht gezogen werden, die sich aus der besonderen Lage einzelner Länder, namentlich aus ihrer sozialen Struktur und aus ihrer durch den Krieg bedingten finanziellen Gesamtsituation ergeben.

In organisatorischer Beziehung betont das Memorandum der französischen Regierung wiederholt mit Recht den engen Zusammenhang der wirtschaftlichen Arbeit des Völkerbundes und der europäischen Gemeinschaftsarbeit bestehen muß. Die deutsche Regierung stimmt der Auffassung zu, daß der Völkerbund unter den europäischen Völkern nicht leiden darf. Es sollte keine europäische Arbeitsteilung eingeleitet werden, die andere Gruppenbildungen im Völkerbund nach sich ziehen könnte. Die Teilnahme aller Völkerbundsmitglieder an den großen Aufgaben aller Kontinente gehört von Anfang an zu den wesentlichen Säulen des Völkerbundes. Durch eine Neigung zur Gruppenbildung nach Kontinenten könnte die gleichmäßige allgemeine Interesse abgeschwächt und die Struktur des Bundes nachteilig beeinflusst werden. Bei jeder Art engeren europäischen Zusammengehens wird daher die Wirkung auf den Völkerbund genau zu überlegen und nötigenfalls dem Urteil des ganzen Bundes zu unterbreiten sein.

Die deutsche Regierung möchte sich einstweilen auf die vorstehenden grundsätzlichen Bemerkungen beschränken. Sie sieht danach die nächste Aufgabe darin, zuerst einmal einen Ueberblick über die Materien zu gewinnen, die in europäischer Gemeinschaftsarbeit behandelt werden können und müssen. Sie hofft auf wertvolle Anregungen bei der Zusammenkunft in Genf im September d. J. zu der auch die europäischen Nichtmitglieder des Völkerbundes und die nicht-europäischen Staaten Zutritt haben sollten. Für diese Zusammenkunft behält sich die deutsche Regierung ihrerseits Erklärungen und Vorschläge ihrer eigenen Ausführungen vor. Das dann insoweit vorgebrachte Material wäre zu sichten und zu einer Berichtsgrundlage zu gestalten. Ist der Inhalt der ganzen Aufgabe klar und übersichtlich festgelegt, wird man der Frage der weiteren Behandlung näher treten können.

## Hitler und Untertanen

### Der Führer und sein Gefolge

Bevor es zu dem Bruch im nationalsozialistischen Lager kam, hat Adolf Hitler den jetzigen Herausgeber des Nationalsozialisten Dr. Otto Straßer zu einer Aussprache befohlen. Darin hat Hitler, wie das Berliner Tageblatt mitteilt, zunächst einmal erklärt, er halte Straßer für belehrungsfähig, während er eine Aussprache zum Beispiel mit dem Grafen Reventlow für völlig überflüssig und ergebnislos ansehe, da Reventlow ein alter Mann und ein hoffnungsloser Fall sei. Dann kam die Rede unter anderem auch auf das Thema „Nationalsozialisten und Kultur“ und dazu erklärte Hitler unter anderem in schönem Schwung, es gebe nur eine ewige Kunst, nämlich die griechisch-nordische Kunst und alles andere, holländische, italienische und deutsche Kunst sei Irreführung und genau so töricht wie die Auffassung der Gottheit als eine eigene Kunstart. Es gebe auch keine chinesische und ägyptische Kunst. In China und Ägypten habe „auf einem niederrassigen Volkskörper ein nordischer

ten für sich und seine Anhänger in Anspruch nahm und in brutaler Weise jedem politischen Gegner oder Konkurrenzrenten die schlechtesten Eigenschaften, sowie alle möglichen Charakter- oder Gefinnungsfehler vorwarf. Er ersos seine Anhänger zur völligen Demunassiofation. Er nahm den Rassenjuggedanken in Beschlag, gab aber selbst seiner Bewegung in ihrer beispiellosen Unbuddamkeit, ihrer demagogischen Demagogie und ihrem Fanatismus einen völlig un-deutschen Charakter.

Der Kenner der nationalsozialistischen Partei, der mit offenen Augen durch die Bewegung ging, der sich nicht blenden ließ und vor allen Dingen das Gesamtbild der Partei kannte, spürte an allen Ecken und Enden die innere Unwahrhaftigkeit, den beispiellosen Schwindel, mit dem hier gearbeitet wurde. Die Bewegung gab sich den Anschein, als ob die Führer besondere Typen nordischer Rasse seien. Gerade aber in den Merkmalen der Führer liegt das Un-deutsche dieser Bewegung begründet. Man betrachte sich nur den Rassenreiner, Goebbels und selbst Hitler nach der Rassenlehre des neuer nationalsozialistischen Professors Günther und man wird feststellen müssen, daß beide Führer nicht nordisch sind.

Die Bewegung führte ihre ganze Taktik unter der Devise: „Wir allein sind die Tapferen, die anderen sind die Feigen. Wir allein sind die Kämpfer, die anderen sind Brüderberger.“ So stand es im politischen Beobachter jahrelang fast in jeder Nummer. Keiner der Anhänger nahm daran Anstoß, daß der Mann, der die Presseleide gegen Hunderttausende von Frontsoldaten führte, der Hauptstiftleiter Rosenbergs, kein Frontsoldat gewesen ist. Keiner der Bewegung hat jemals darüber nachgedacht wie Hitler als der verantwortliche Führer am 9. November 1923 seine blutenden Kameraden schmachvoll im Stich ließ. Das kann sich in Deutschland nur der Führer einer Bewegung leisten, bei der jeder offene Feind unterdrückt wird. Anspöckelt er nieder! Unter dieser Parole bekämpfte Goebbels im Sportpalast die Anhänger Straßers, die die Forderung aufstellten, daß die nationalsozialistischen Richtlinien auch richtig auszulegen seien.

Weshalb wie der Jungdeutsche äußert sich auch der bisherige Gefolgsman Hitlers, Dr. Otto Straßer, über den Führer der Nationalsozialisten, wobei es gleichzeitig interessant ist, zu vernehmen, wie sich Dr. Otto Straßer im Nationalsozialisten über die Kampfweise derer um Goebbels äußert:

„In den späten Abendstunden des Mittwoch kam es zu einem heftigen Ueberfall von SA-Leuten auf unseren Kampfabend. Der am Landsberger Platz, Ecke Friedrichshain, auf die Straßenbahn wartete, Kampfabend E. hatte unter dem Arm ein Werbepaket des NS. Während er nach seiner Bahn Ausschau hielt, trat an ihn ein mit dem SA-Abzeichen geschmückter Mann heran und hat um eine Zeitung, die ihm auch gegeben wurde. Der SA-Mann ging darauf in den Park. Nach wenigen Minuten kamen zwei weitere SA-Leute aus dem Park und boten um Werbepamphlete. Kaum hatten sie dieselben empfangen, als sie antworten, den Kampfabenden E. müßte sie beschimpfen: „Du Schmeiß!“ „Schlag mich!“ und dergleichen mehr. Als Kampfabend E. sich die Handwischen wusch, fiel er über ihn her und verletzten ihm einen tiefen Schnitt in den rechten Unterarm. Nach dieser heftigen Tat verschwand die Goebbels-Heiden im Park.“

Nach diesem erneuten Ueberfall auf einen revolutionären Nationalsozialisten können wir nur feststellen, daß sich die Kampfweise der Leute um Goebbels genau nach den Methoden von Koffront richtet.“

Es sind wirklich die gleichen Methoden wie bei den Kommunisten und Koffront. Erst hatten sie vereint und prügelte sie vereint und dann plöcklich haben und prügelte sie einander. Die geistigen Waffen von Schläarung über Messer zum Revolver finden nun neue Zielobjekte in den bisherigen Kampfabendern. „Mat den einen den Brandler, ist den anderen den Straßer.“

### Major Buchrucker in Nöten



„Ach, wär doch wieder Putz in Küstrin, das ging damals so gemütlich zu!“

Kopf gefessen“, der alle Meisterwerke schuf. Straßer wollte dann im weiteren Verlauf des Gesprächs einen Unterschied zwischen der Idee und der Ausführung machen. Die Ideen seien göttlichen Ursprungs und die Menschen nur die Gefäße, „in denen das Wort Fleisch ward.“ Darauf Hitler:

„Das ist alles bombastischer Unjinn, der am grünen Tisch ausgedacht ist. Hier handelt es sich einfach darum, daß Sie jedem Parteigenossen das Recht geben wollen, über die Idee zu entscheiden, jeder darüber zu entscheiden, ob der Führer noch der laienanntend Idee treu ist oder nicht. Das ist schlimmste Demokratie, für die es eben bei uns keine Flagg gibt. Bei uns ist Führer und Idee eins, und jeder Parteigenosse hat das zu tun, was der Führer befehligt, der die Idee verkörpert und allein ihr letztes Ziel kennt.“

In einfachem verständlichem Deutsch heißt das: „Maul gehalten! Reht marsch!“ Dazu paßt folgende Charakteristik, welche Der Jungdeutsche in seiner Nummer 155 vom 6. Juli über Hitler gibt:

„Das Geheimnis des Hitlerischen Erfolges besteht darin, daß er ohne jede Pose alle guten Eigenschaften

### Schwarz-weiß-rot und Arbeitslosenot

Man schreibt uns:

Was tun die Arbeitslosen?  
Den Stempel führen sie.  
So sieht aus ohne Arbeit  
Geld und Pfalz wie nie!

Dieser Hohn ist zu lesen in der deutschen Wochenzeitschrift Schwarz-weiß-rot der „Volksländischen Verbände“ Badens und erscheint in Pforzheim.

So leben sie aus, die Herren Volksländischen, die nicht genug von der Einigkeit predigen können, die den Klassenkampf der Arbeiterklasse in Grund und Boden verdammen, aber selbst sich das Recht nehmen zum Klassenkampf und — Hah zu beken!

### Konservativer Mißtrauensantrag im Unterhaus abgelehnt

London, 16. Juli. Das Unterhaus verwarf mit 312 gegen 241 Stimmen den von den Konservativen eingebrachten Mißtrauensantrag.

### Der Bericht der deutsch-japanischen Schlichtungskommission

Die deutsch-japanische Schlichtungskommission hat den Bericht über die Ergebnisse der diesjährigen ostindischen Tagung fertiggestellt und den beiden Regierungen zur Veröffentlichung vorgelegt.

Zur natürlichen Bräunung der Haut sollte man vor und nach der Sonnenbäder die Haut, insbesondere Gesicht und Hände mit Creme Ledor bestrichen, man ergibt dann ohne sonderliche Mühe eine gesunde, sonnengebräunte Hautfarbe. Creme Ledor, Tube 25 und 100, Preis 2.00 und 4.00. In allen Apotheken-Verkaufsstellen zu haben.

### Theater und Musik

Sommer-Operette im Stadt. Konzerthaus

Lebenslust, die heitere Muse hat wiederum Einsatz ins Konzerthaus gegeben und will uns armen, bedrückten Alltagsmenschen für ein paar kurze Stunden die graue Wirklichkeit verjagen machen und uns einführen in ihr Wunderland der heiteren Beschwingtheit und freudigen Lebensbejahung. Der von früher her bereits auf dem Gedanken der Karlsruher veranlagte Direktor Otto Hans Nordens will für diesen Sommer mit einem hübschen und vielversprechenden Ensemble die wahrlich nicht leichte Aufgabe meistern, in heutiger Zeit der Wirtschaftskrise und Finanzkrise, den Wustensattel mit guten, schmissigen Operetten zu krönen.

Sein erster Wurf, die Premiere der reisenden Wiener Operette „Die goldne Meiserin“ von Julius Brammer und Alfred Grünwald, Musik von Edmund Eusebi, darf schon als hoffnungsvoller Anfang begrüßt und anerkannt werden. Wiener Charme, Wiener Schmick und Wiener Sentimentalität sind immer gute Karten gewesen und verdienen ihre Wirkung auf gar keinen Fall. Die Musik, geleitet von Dr. B. Grün und seinem tüchtigen Dirigenten, ist ebenso einnehmend und besaubernd wie die heldehellen Gesänge, die goldne Meiserin Margarete (Grete Schlegel), deren Reiz und Schönheit manchen Freier ins Haus lockt. Ihr Spiel und ihr Gesang vereinen sich beide aufs Schönste, lösen warme Sympathie und freudiges Interesse aus. Der Goldschmiedeselle Christian (Werd Hoff) hat fürwahr keinen leichteren Stand, die übermütige und in echter Spielerei nach Grafenkronen schielende Meiserin zu händeln und seinen Wünschen gefällig zu sein. Er macht das mit soviel liebenswürdigem Charme, so munterem Spiel und soviel launiger Geberde, daß sich das ganze Publikum mit ihm des guten Schalles freut, der eine gehörige Pflanz für das „Höherste“ mancher Bürgerleute bedeutet. Gerd Hoff's Stimme ist von warmem, hellem Wohlklang, technisch gut fundiert. Sie schmeichelt sich jedem gefällig ins Ohr. Die zwei übrigen Gesellen und leuchtenden Schicksale, der Ritter von Gumpendorf

und den Grafen von Greifenstein in all ihrer Blüdigkeit und Kuppelhaftigkeit lagen bei Othmar Lufas und Leo Moser in guter Obhut. Sie machten aus diesen Gestalten, was bestmöglichst aus ihnen zu beschaffen ist und lösten wahre Lachsalen bei den Zuhörern aus. Ihnen reibt sich würdig zur Seite, die alte, männertolle Jungfer Porthmannskula (D. Stüwe). Ein Kabinettstück feintun dem Jüngling Porthmannskula (H. Stüwe). Ein Kabinettstück feintun dem Jüngling Porthmannskula (H. Stüwe). Ein Kabinettstück feintun dem Jüngling Porthmannskula (H. Stüwe).

Franfurter Künstlertheater für Rhein und Main. Die 10. Spielzeit der Bühne fand durch ein dreitägiges Gastspiel in Heidelberg mit Judaners „Katharina Knie“ am 8., 9. und 10. Juli einen besonders ehrenvollen Abschluß. Infolge vielerlei und reger Werbetätigkeit haben die Spielverpflichtungen erneut bedeutende Steigerung gegenüber dem Vorjahr erfahren. 181 Aufführungen (1928/29: 200) fanden in 94 Städten (66) statt, davon in Preußen 251 Vorstellungen in 44 Städten, in Baden 132 Vorstellungen in 29 Städten, in Baden 82 Vorstellungen in 13 Städten, in Württemberg (Stuttgart) 18 Vorstellungen in 3 Städten, in Württemberg 18 Vorstellungen in 3 Städten. Die bereits im Vorjahre teilweise durchgeführte Unterhaltung von drei Spielgruppen wurde weiter ausgebaut, so daß von 9 Spielzeiten 6 Dop-

velleten waren. So wurde eine durchschnittliche Monatsleistung von 47 Aufführungen erreicht. Vielbeachtete, wiederholte Gastspiele in Luxemburg, Darmstadt und Trier haben das Interesse und die Geltung des Theaters erwehrt und außerordentlich erhöht. Die Arbeit in Frankfurt a. M., dem Standort der Bühne, zählt 26 Aufführungen; in Groß-Braunfurt insgesamt 62. Da Intendant Hans Meißner nach Tübingen die Führung des Theaters einem auf nach Stettin folgt, verdient die gegenwärtige Form als Ergebnis seiner nach der Inflation begonnenen Aufbauarbeit besondere Beachtung.

### Ernst Lifauer und das Augsburgische Bekenntnis

Man schreibt uns: Vor kurzem wurde im Führer der Dichter Ernst Lifauer in die Reihe jener eingereiht, die als „Juden“ die deutsche Dichtung verurteilen. Es wurde ihm das gleiche Schicksal zuteil, wie all jenen, die als Dichter, Politiker, Arbeiter oder Unternehmer den Nationalsozialisten nicht bezaugen und dann als „Juden“ angekreidet werden, auch wenn sie weder ihrer Religion noch ihrer Abstammung nach etwas mit dem Judentum zu tun haben. Bei Lifauer liegt nun der Fall infolgedessen anders, als er scheinbar bekannt, jüdischer Abstammung ist, wenn ich auch nicht weiß, welcher Religion er angehört. Umso interessanter ist eine Mitteilung über den evangelischen Volkstas in Augsburg, daß zum Gedächtnis des Augustinischen Bekenntnisses im Stadttheater zu Augsburg Ernst Lifauers gewaltige dramatische Dichtung „Luther und Thomas Münzer“ in vollendeter Weise zur Aufführung gebracht wurde. Es ist mit nicht bekannt worden, daß die Nationalsozialisten dagegen protestiert hätten, daß ein Jude oder Judenkind die Verfasser der Reformationsgeschichte zu Ehren des großen Reformators schuf. Interessant ist jedoch der Vorname auf „Lifauer“ und dürfte jenen zu denken geben, die mit dem Schlußworte der Reformationsgeschichte alle Probleme im Himmel und auf Erden zu lösen glauben.





# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

Karlsruhe, 17. Juli 1930.

17. Juli 1790 f. Enalischer Nationalökonom Ad. Smith. — 1793 Aufhebung Feudalrecht in Preußen. — 1793 Charlotte Corday guillotiniert. — 1860 Schriftstellerin Clara Wiebigs. — 1922 Selbstmord der Kaiserinmörderin Fischer und Kern. — 1925 f. Italiener Staatsmann Gio. Giolitti. — 1928 Metzko: Döbragon ermordet.

## Das Pärchen am Weg

In der Seitenabteilung eines Warenhauses ist eine interessante Unterhaltung zwischen mehreren Frauen im Gange. Gegenstand der anregenden Aussprache bildet das Verhalten eines Fräuleins M. in jüdischer Hinsicht. Es bleibt kein auser haben an ihr. Man munkelt, man weiß etwas. Die Frau M. beispielsweise ist gegen Mitternacht mit ihrem Mann nach Hause gegangen und dabei auf einem Seitenwege an ein Pärchen gestoßen. Dieses sei erschreckt emporgefahren. Es war vielleicht etwas zuviel gesagt, daß sie Fräulein M. erkannt habe. Jedenfalls hat es die Frau B. so gehört. Dieser Stein, der ins Wasser gefallen war, schlug Ringe, die sich ausbreiteten. Bis die Wellen ans Ufergericht schlugen.

Privatbeleidigungsklage vor dem Amtsgericht. Frau B. ist auf der Anklagebank. Wegen Beleidigung des Fräuleins M. Die Frau M. die gesehen haben will, daß... wird als Zeugin gehört. Sie erinnert sich nicht. Sie leistet auch einen Eid darauf. Ihr schwaches Erinnerungsvermögen hat mit zur Folge, daß Frau B. verurteilt wird. Wegen Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe. Frau B. bezweigt sich nicht. Sie eilt zur Staatsanwaltschaft und ersatzlos Anzeige. Wegen M e i n d.

Vor dem Großen Schöffengericht. Frau M., die damals Zeugin ist auf der Anklagebank. Wegen fahrlässigen Raubmordes. Sie habe, so lautet die Beschuldigung, vor dem Amtsgericht der Wahrheit zuwider angegeben, sie erinnere sich nicht mehr, in der Seitenabteilung zu Frau B. gesagt zu haben, daß das Pärchen um Mitternacht am Seitenwege, wobei Fräulein M. ... Sie will sich auch jetzt nicht mehr recht erinnern. Eine Zeugin aus der Seitenabteilung wird vernommen. Sie weiß es ganz genau, weil sie es sich notiert hat: Frau M. sagte, daß sie das Fräulein M. in verlässlicher Stellung am Seitenwege gesehen hat. Frau M. ist zweifellos etwas beschränkt. Der ärztliche Sachverständige sagt: erblich belastet, Hypochondrin, psychische Mängel — vermindert auedrucksfähig. Der Richter, der ihren Heimatort nebst Familienverhältnissen kennt, bestätigt: „Da ist geschworen worden. Ich kenne die Leute. Bacc zehn Jahre dort.“ Schließlich, nach langer, schwieriger Unterhaltung zwischen dem Vorstehenden und der Angeklagten, fällt ihr ein: „Ja, ich hab gesagt: „Ich bin zu mal spät nach Hause gegangen und bin an sie na gestoßert.“ Also! Die Verhandlung endet damit, daß Frau M. zu 100 Geldstrafe anstelle von einem Monat Gefängnis verurteilt wird. Der Staatsanwalt betonte, Bestrafung müsse erfolgen. um die Zeugen auf ihre Pflicht hinzuweisen, auch in Privatgesprächen die Wahrheit zu sagen.

## Wie's gemacht wird

Die an den hiesigen höheren Mädchenschulen eingeführte deutsche Sprachlehre von Menzinger enthält auf Seite 14 einige Übungsaufgaben, bei denen das in Klammern stehende Wort in den Genetiv gesetzt werden soll. Also z. B. Satz 18: Die Regierung (der Kaiser Otto) war legensreich. Satz 19: (Kaiser Otto) Regierung war legensreich. Satz 20: (Der Herzog Heinrich) Macht war groß. Satz 21: Die Macht (Herzog Heinrich) war groß. So lautet der Text der Aufgaben noch in der 19. Auflage, des Buches vom Jahr 1923. Inzwischen kam nun die 20. „verbesserte“ Auflage heraus, datiert 1925, und siehe da, der Herr Lehrbuchfabrikant Menzinger aus Kiel glaubte wahrscheinlich diese Sätze den Bedürfnissen der Republik mehr anzupassen, indem er die Namen des Kaisers Otto und des Herzogs Heinrich in den des Kaisers Wilhelm umänderte. So daß die entsprechenden Sätze nach ihrer Herleitung lauten: Kaiser Wilhelms Regierung war legensreich usw. Im Satz 20, wo früher von der Macht Herzog Heinrichs die Rede war, heißt es jetzt statt dessen: „Die Macht ist Kaiser Wilhelms war groß.“ Ein kleines, aber nichtliches Beispielchen dafür, wie die Lehrbücher die Kinder ganz unbemerkt politisch beeinflussen können. Ob sich der Verfasser der Väterlichkeit nicht bewußt gemordet ist, die in dem Satz von der legensreichen Regierung Wilhelms steht? Der Besenft dieser — übrigens auf ganz miserablen Papier gedruckt und lieberlich ausgefärbt — Sprachlehre wäre die einzig richtige Antwort auf die blöden Textänderungen dieses Besantiners.

## Vertrauensmännerabend der Volksbühne

Die Volksbühne veranstaltete am Dienstagabend im Colosseumsaal ihren alljährlichen Vertrauensmännerabend, der dieses Jahr seine besondere Note durch das 10jährige Jubiläum unierer Volksbühne erhielt. Der Vorstand der Volksbühne ließ es sich deshalb angelegen sein, mit einem bunten Programm, ausgeführt von Künstlern des Landesbühnen, auszuwarten. Den Reigen des anerkennenswerten Abends eröffnete die unter Herrn Heiligs bewährter Leitung stehende Volkstheaterkapelle, die mit ihren sauber gespielten Weisen gleich die nötige gehobene Stimmung erzeugte und jeweils reichen Beifall erntete.

In gewohnter humoristischer Weise gab dann Herr Direktor Hans Blum einen kurzen, geschichtlichen Rückblick über den Werdegang der Volksbühne, der mit mehrmaligen Beifallsausbrüchen und sehr beifällig aufgenommen wurde. Herr Völler vom Landesbühnen theater erteilte für seinen gelanglichen, in jeder Beziehung voll auf glänzend zu nennenden Vortrag aus Lorisins Andine nicht endemüllenden Beifall, ebenso das mit prächtiger, voll und woblis klingender Stimme von Fr. Winter vorgetragene Lied der Sarah aus dem Zigeunerbaron. Auch die Schauspieler kamen auf ihre Rechnung durch die von Fr. Maria Bach aufgeführten graziösen Tänze, die mit ihrem geschmeidigen Körper den glänzenden Nachweis führten, daß sie Beherrscherin ihrer Kunst ist. Auch sie erntete für ihre Kunst den Beifall wie auch das Handharmonika-Duett sehr beifällig aufgenommen wurde. Der Clou des Abends aber waren zweifellos die humoristischen Vorträge des beliebtesten Schauspielers Hermann Brand vom Landesbühnen. Er glorierte zuerst die verschiedenen Zeitungen in woblauelgener satirischer Weise, wobei besonders die Herren vom „dritten Reich“ ihren wohlverdienten Teil abbekamen, was mit fürnlichen, wiederholten Beifallsunabgebungen aufgenommen wurde. Besonders aber sein „Sonntagsummel“ fand nicht endemüllenden Beifall. Auch die graziösen Tänze von Fr. Cadner aus der Meriens-Leger-Schule wurden sehr beifällig aufgenommen. Nachdem die Stimmung aus höchst heiterer war, traten noch einmal die beiden Künstler Fr. Winter und Herr Völler auf die Rampe und gaben erneute Proben ihres Könnens.

# Steuerhinterziehungen in Karlsruhe

## Uebersicht des Reichsministers der Finanzen — Wieviel Steuern in Karlsruhe im Rechnungsjahr 1929/30 hinterzogen und wieviel Steuerstrafen verhängt wurde

Der Reichsminister der Finanzen hat dem Reichstag soeben eine Darstellung der während des Rechnungsjahrs 1929/30 im Reich vorgenommenen Buch- und Betriebsprüfungen und ihrer Ergebnisse überreicht. Auch sie zeigt erneut, daß die ungleiche höhere steuerliche Belastung der Nachkriegszeit die Steuerermoral ins Wanken gebracht hat. Dem Buch- und Betriebsprüfungsdienst, der sowohl beim Reichsfinanzministerium als auch bei den Landesfinanzämtern und bei den Finanzämtern eingerichtet worden ist, obliegt die Kontrolle der ordentlichen Buch- und Betriebsprüfungen, d. h. die mindestens alle drei Jahre vorzunehmende Prüfung der Großbetriebe und der außerordentlichen Buch- und Betriebsprüfungen, die aus besonderem Anlaß notwendig werdenden Teilprüfungen bei Großbetrieben, sowie die Prüfungen der Mittel- und Kleinbetriebe. Die angespannte Finanzlage des Reiches, der Länder und der Gemeinden zwingt dazu, die vorhandenen Steuerquellen reiflich auszunutzen. Daraus ergibt sich eine Belastung der deutschen Wirtschaft, die es mehr denn je zur Pflicht macht, die Lasten gleichmäßig und gerecht zu verteilen. In allen Fällen, in denen die Besteuerungsgrundlagen durch Buchführung ermittelt werden, bildet das wichtigste Mittel, um jene Ziele zu erreichen, die Buch- und Betriebsprüfungen. Es muß gleich bemerkt werden, daß die Differenzen zwischen dem tatsächlich versteuerten Betrag und den Ergebnissen der Buch- und Betriebsprüfungen zum Teil auch auf verschiedenartige Beurteilung steuerrechtlicher Fragen zurückzuführen ist. Zum großen Teil handelt es sich natürlich um Fälle von Steuerhinterziehungen. Der Reichsminister der Finanzen stellt in der Einleitung zu der Uebersicht fest, daß die Ergebniszahlen der vorliegenden sechs Jahre eine dauernd steigende Tendenz zeigen. Die Mehrerträge an Steuern sind in den einzelnen Jahren von 1924 bis 1929 wie folgt geblieben: 1924—1925 um 11,42 v. H., von 1925—1926 um 11,39 v. H., von 1926—1927 um 11,67 v. H., von 1927—1928 um 16,61 v. H., von 1928—1929 um 22,03 v. H.

Im Landesfinanzamtsbezirk Karlsruhe beläuft sich die Zahl der Fälle von Steuerhinterziehungen im Rechnungsjahr 1929/30 auf 915.

Im ganzen Reich beläuft sich die Zahl der Fälle von Steuerhinterziehungen auf rund 58 000. Die meisten Steuerhinterziehungen wurden im Landesfinanzamtsbezirk Berlin verzeichnet: 7853. Die wenigsten im Landesfinanzamtsbezirk Untermerse: 401.

Im Landesfinanzamtsbezirk Karlsruhe beläuft sich der Betrag der festgesetzten Mehrsteuern bei der Einkommensteuer auf 2 074 277 Mark, die

Summe der Geldstrafen auf 26 500 Mark.

Bei der Körperschaftsteuer beläuft sich die Summe der festgesetzten Mehrsteuern auf 779 799 M.

Bei der Umsatzsteuer im Landesfinanzamtsbezirk Karlsruhe beträgt die Summe der festgesetzten Mehrsteuern 394 021 M. und der Betrag der Geldstrafen 14 116 M.

Im Landesfinanzamtsbezirk Karlsruhe wurden bei der Vermögenseinkommensteuer 140 400 M. Mehrsteuern festgesetzt und 1800 M. Geldstrafen.

Bei den sonstigen Reichsteuern wurden im Landesfinanzamtsbezirk Karlsruhe 217 679 M. Mehrsteuern und 50 M. Geldstrafen festgesetzt.

Die Gesamtsumme der festgesetzten Mehrsteuern beläuft sich bei den Reichsteuern auf 3 606 372 M., bei den Landes-, Kirchen- und Gemeindesteuern auf 1 110 444 M. im Landesfinanzamtsbezirk Karlsruhe. In letzterem Bezirk wurden 42 466 M. Geldstrafen verhängt.

Im Deutschen Reich wurden 149 653 027 M. Mehrsteuern bei den Reichsteuern, 23 841 528 M. bei den Landes-, Kirchen- und Gemeindesteuern festgesetzt. 3 100 731 M. Geldstrafen wurden verhängt, darunter 15 470 M. Geldstrafen bei den Landes-, Kirchen- und Gemeindesteuern. Die höchste Summe der Steuerstrafen erreicht der Landesfinanzamtsbezirk Münster mit 470 864 M. Die niedrigste der Landesfinanzamtsbezirk Untermerse mit 7668 M. Bei den Reichsteuern ist der festgesetzte Mehr am höchsten im Bezirk Berlin (22 736 283 M.), am niedrigsten in Oldenburg mit 508 643 M. Verb. Medemerkung.

## Die Polizei berichtet:

### Unfall

Der 3 Jahre alte Junge eines Brauereiarbeiters in Darglitz fiel am Dienstag nachmittags im Hof der elterlichen Wohnung auf einem unbemachten Augenblick in einen mit kochender Milch gefüllten Waschzuber. Das Kind erlitt beratige Verbrennungen, das es in der folgenden Nacht starb.

### Verkehrsunfälle

Auf der südlichen Fahrbahn des Kaiserplatzes wurde am Mittwoch nachmittags eine jugendliche Radfahrerin von einem Motorradfahrer angefahren. Der Motorradfahrer kam zu Fall und verlor das rechte Oberarm. Das Fahrrad wurde leicht beschädigt. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung. — In der Seitenstraße der Nähe der Hans-Sachs-Straße, kam es zwischen einem Motorradfahrer und einem Personenkraftwagen zur Kollision. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt. Der Motorradfahrer verlor das linke Handgelenk und erlitt Schürfwunden am Unterarm. Ein junger Mann auf dem Soziusstuhl trug ebenfalls Schuttschlägen davon. Die Schuld scheint sich auf beide Seiten zu verteilen.

### Diebstähle

Ein von der Staatsanwaltschaft Rösslin wegen schwerer Diebstahls ausgeschriebener 39 Jahre alter Schlosser wurde in einem hiesigen Gasthaus festgenommen und ins Bezirksgefängnis eingeliefert. — In der Nacht zum Mittwoch brach ein unbekannter Täter in die Kantine des Turnvereins Beiertheim ein, indem er sich durch Aufbrechen eines Fensterladens und Herausnehmen eines Fensters Zutritt verschaffte. Er entwendete Zigaretten und Zigarren im Wert von etwa 25 M. — Am Mittwoch vormittags wurde ein lediger 35 Jahre alter Arbeiter in der Schützenstraße festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert. Er hatte kurz vorher in der Schützenstraße das Fahrrad eines Reichenschniffers entwendet. — Drei weitere Fahrräder wurden als gestohlen gemeldet. — Einer Frieseurmeister wurde während der Fahrt im Fahrweg eines hiesigen Warenhauses eine schwarze Lederhandschale im Wert von etwa 40 M. entwendet.

### Eine unruhige Nacht

In der Nacht zum Donnerstag wurden die Bewohner der Straße und der östlichen Kaiserstraße wiederholt in ihrer Nachtruhe gestört. Die Polizei mußte gegen 15 Personen wegen Ruhestörung oder großen Unfugs einschreiten. In mehreren Fällen wurden Täter vorübergehend festgenommen. Desgleichen mußten 7 Personen in Arrest gebracht werden.

### Veranstaltungen

Kaffee Bauer: Heute Donnerstag ist Gesellschafts-Lanzabend. Lokalmotiv. Die verstärkte Hauskapelle in vollständiger Besetzung. (Glebe die Zeitige).

Union-Theater: Die Regimentstodier. Schauburg: Der jugende Herr (Zonstimm) Bahlscher Kunstreier, Bahlsstraße 3: Ausstellung dahlischer, außerordentlich lebender Künstler. 11—1 Uhr. Residenz-Theater: Kontinuum bei Lang. Uranium-Theater: Die Debers, Der nächste Ditt. Stadt. Konzerthaus: Sommer-Operette: Die goldene Weibster, 30. Kaffee Bauer: Gesellschafts-Lanzabend.

Darauf wurde die Ehre der Jubilare, der Vertrauensleute, die seit 10 Jahren ihr aufopferungsvolles Amt im Interesse der Volksbühne ausüben, vorgenommen.

Herr Oberbürgermeister Günther hielt an die Jubilare eine Ansprache, in der er ihnen im Namen des Vorstandes den Dank für ihre Tätigkeit aussprach. Herr Direktor Hans Blum überreichte den Jubilaren je eine Kaffeebox, wofür Herr Oberbürgermeister die Besonderen in herzlichster Weise dankte. Eine Reihe anderer Vertrauensleute, die seit 1923 für die Volksbühne arbeiten, wurden mit „Trostpreisen“ bedacht, worauf Herr Blum ein Hoch auf alle Vertrauensleute ausbrachte, in das der vollbesetzte Colosseumsaal begeistert einstimmte.

Sodann kam noch das Ehepaar Rängele und die Tänzerin Mach, die mit sehr beifällig aufgenommenen Darbietungen den Abend vorziehen hielten. Der Knall- und Schlußeffekt war der Vortrag Brand: „Bei uns im Dorf“, worauf noch die Versammelten bei den munteren Weilen der Volkstheaterkapelle in gemühtlichem Beifammensein den genährlichen, trüblichen Abend beschloßen.

## Sammlung für die Hinterbliebenen im Neuroder Steinkohlengebiet

Zur Vinderung der durch die Grubenkatastrophe im Neuroder Steinkohlengebiet entstandenen großen Not nimmt die deutsche Rotkriste, Berlin W. 8. im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden, Geldspenden für die Hinterbliebenen der ums Leben gekommenen Bergleute und für die Verletzten entgegen. Spenden werden erbeten, sie können auf das Postkontto der Deutschen Rotkriste, Berlin 158 000, oder auf das Konto „Deutsche Rotkriste, Grubenmutter Neuroder Steinkohlengebiet“, bei der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft in Berlin eingezahlt werden.

Wo bleibt das Bezirksamt? Man schreibt uns: Sind die ortspolizeilichen Vorschriften da, um nicht eingeschalten zu werden? So können mit Recht die Anwohner der östlichen Parteistraße in aller Öffentlichkeit fragen. Während der westliche Teil der schönen Straße (dem früheren Seminar gegenüber) wie im Paradiese wohnt, merkt man beim Ueberkreuzen der Morgenstraße sofort, daß hier etwas nicht in Ordnung ist. Auf kleinstem Raum zusammengedrängt hängen hier: Schweine, Ziegen, Hühner, Tauben, Gänse, Hosen, Kratten, Mäuse und sonstige Ungeziefer. Wir würden den Karlsruhern diese Lebenswürdigkeit empfehlen, wenn es nicht gar zu arg nach obigen Tieren riechen würde. Seit Jahren betreibt die Anwohnerschaft erfolglos die Beseitigung dieses ekelhaften, verurteilten Zustandes. Wir fragen in aller Öffentlichkeit noch einmal: Wo bleibt das Bezirksamt?

## Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die Druckverteilung ist noch immer unverändert. Wir befinden uns auf der Südseite eines ausgedehnten Tiefdrucksystems und haben Zufuhr maritimer Luft.

Voraussetzliche Witterung für Freitag, den 18. Juli:

Unbeständig und strichweise gewitterter Regentage, vorübergehender Temperaturrückgang, westliche Winde.



Schneeweiß wie diese Blütenkelche

wird Deine Wäsche durch das vorzügliche selbsttätige Waschmittel

# Ozonil